



Inhalt

Interview mit der Funke-Mediengruppe

[Geyer: „Beamte werden nicht so wahrgenommen, wie sie es verdient hätten“](#)

dbb im Gespräch mit Digitalminister Karsten Wildberger

[Modernisierungsagenda: Mittel aus Effizienzsteigerung in Beschäftigte investieren!](#)

Regionalkonferenz zur Einkommensrunde

[Fachkräfteoffensive: Alle würden profitieren!](#)

Welttag der Patientensicherheit

[Reformen dürfen nicht zulasten der Patientinnen und Patienten gehen](#)

Personal- und Betriebsräte

[dbb-Vize Hemsing fordert Update für Mitbestimmung](#)

Treffen mit Ministerpräsident Voigt

[Geyer: „Funktionierender Staat ist das beste Bollwerk gegen Extremismus“](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

[Parlamentarischer Frühschoppen: dbb Landeschef macht klare Ansagen](#)

Hessen

[Respektwoche: Nicht mehr nur Blaulichtberufe betroffen](#)

Thüringen

[Kritik am Doppelhaushalt 26/27](#)

Baden-Württemberg

[Kinderzuschlag: Differenzierte Diskussion über Unmut in der Bevölkerung](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

[Disziplinarrecht: Verfassungstreue ja – Generalverdacht nein](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Lebenslange Haft für den Mörder von Rouven Laur folgerichtig](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Interview mit der Funke-Mediengruppe

Geyer: „Beamte werden nicht so wahrgenommen, wie sie es verdient hätten“

Ob als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger oder Dienstherr für seine Beamtinnen und Beamten: Der Staat soll wieder ein verlässlicher Partner sein, fordert der dbb-Chef.

„Aus Sicht der Menschen funktioniert der Staat nicht mehr so, wie sie es erwarten. Das Bürgeramt ist nur ein Beispiel: Die Terminvergabe dauert viel zu lang, überall fehlt Personal“, sagte Geyer im Interview mit der Funke-Mediengruppe am 18. September 2025 mit Blick auf das schwindende Vertrauen der Bevölkerung in die Leistungsfähigkeit des Staates. Pauschale Kritik an Beamtinnen und Beamten weist Geyer in diesem Zusammenhang entschieden zurück: „Sie arbeiten jeden Tag sehr hart, leisten Überstunden und geben ihr Bestes, damit dieser Staat überhaupt funktioniert.“

Fehlende Verlässlichkeit

Vielmehr müsse der Staat sich gegenüber seinen Beamtinnen und Beamten wieder mehr als verlässlicher Partner erweisen, so der dbb Bundesvorsitzende: „Der Staat muss dazu verpflichtet werden, verbindlich Rücklagen zu bilden, um die Pensionen sicher finanzieren zu können. Das fordern wir seit Jahrzehnten. Und das ist zum Teil ja auch geschehen. Daran haben sich über einen gewissen Besoldungsverzicht übrigens auch die Beamtinnen und Beamten beteiligt. Aber es mangelt an Verlässlichkeit. Schleswig-Holstein zum Beispiel löst diesen Fonds jetzt auf und stopft mit diesem Geld aktuelle Haushaltslöcher. Ein völlig falscher Weg!“

[Zum vollständigen Interview auf www.waz.de.](http://www.waz.de)

dbb im Gespräch mit Digitalminister Karsten Wildberger

Modernisierungsagenda: Mittel aus Effizienzsteigerung in Beschäftigte investieren!

Der dbb unterstützt die Bundesregierung bei der Verwaltungsmodernisierung. Spielraum für kurzfristige Haushaltsentlastungen sieht der Bundesvorsitzende Volker Geyer aber nicht.

„Die öffentliche Daseinsvorsorge ist chronisch unterfinanziert, da ist selbst das Sondervermögen für die Infrastruktur nur eine Art Notpflaster. Klar ist: Die Staats- und Verwaltungsmodernisierung ist ein Marathon, kein Sprint. Insofern warnen wir vor zu hohen Erwartungen, durch Effizienzsteigerung kurzfristig die öffentlichen Haushalte entlasten zu können. Das durch Modernisierungsvorhaben eingesparte Geld muss beispielsweise in eine Weiterbildungsoffensive für die Beschäftigten und attraktivere Arbeitsbedingungen investiert werden, so wie es der ‚Effizienzfonds‘ im Koalitionsvertrag vorsieht. Denn es ist zwingend erforderlich, gerade im Bereich der Digitalisierung mehr eigene Kompetenzen aufzubauen. Die Funktionsfähigkeit des deutschen Staates darf nicht dauerhaft von externen Beratern abhängen“, machte dbb-Chef Volker Geyer bei einem Gespräch mit Karsten Wildberger, dem ersten Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, am 18. September 2025 deutlich.

Aufgabenkritik ist unerlässlich

Geyer mahnte, dass das Potenzial für Effizienzsteigerung ohnehin endlich sei: „Natürlich können und müssen wir an vielen Stellen besser werden. Wir fordern das schon im Interesse der Kolleginnen und Kollegen, die in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes ohnehin völlig überlastet sind. Konsequente Digitalisierung ist deshalb unausweichlich. Die wirklich großen Einsparpotenziale liegen aber woanders, nämlich bei der grundsätzlichen Aufgabenkritik. Welche Leistungen kann und soll der Staat zukünftig noch erfüllen? Das muss Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern verhandeln und für diese Aufgaben dann entsprechend Ressourcen bereitstellen. Heute haben wir eher den Trend, dass immer neue Gesetze und Verordnungen erlassen werden, für die Umsetzung aber das Personal und/oder eine digitale Lösung fehlt. Das ist Gift für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates.“

Der dbb Bundesvorsitzende betonte zudem, dass die Beschäftigten an der Umsetzung der geplanten Modernisierungsagenda für Staat

und Verwaltung beteiligt und dazu gehört werden müssen: „Die Modernisierung des Staates kann nur gemeinsam mit den Beschäftigten gelingen. Sie sind die eigentlichen Verwal-

tungsexperten und wissen genau, welche Rahmenbedingungen, Prozesse und Aufgaben verändert werden müssen. Ihre Ideen und Erfahrungen sind unabdingbar für eine erfolgreiche Modernisierung“, so Geyer.

Regionalkonferenz zur Einkommensrunde Fachkräfteoffensive: Alle würden profitieren!

Mehr Personal ist der Schlüssel für einen handlungsfähigen Staat – das wurde auf der Regionalkonferenz im Süden der Republik deutlich.

„Die Beschäftigten des Staates sollen immer Aufgaben übernehmen und sind immer mehr Stress ausgesetzt, so kann es nicht weitergehen“, sagte dbb-Chef Volker Geyer am 17. September 2025 beim Abschluss der Regionalkonferenzen in Nürnberg. „Wir müssen alles dafür tun, um mehr Personal zu gewinnen. Nur so können wir die Beschäftigten entlasten. Nur so können wir den Bürgerinnen und Bürgern die Qualität in der Daseinsvorsorge bieten, die sie verdienen – egal, ob es um die Bildung in den Schulen geht oder um die Sicherheit auf den Straßen. Die Formel ist simpel: Ohne attraktive Arbeitsbedingungen und ohne konkurrenzfähige Gehälter gibt es kein Personal. Das hat für uns in der kommenden Einkommensrunde oberste Priorität!“

Junge Talente gewinnen, Handlungsfähigkeit sichern

Für Andreas Hemsing, dbb-Vize und Fachvorstand Tarifpolitik, war es die sechste Regionalkonferenz. Sein Fazit aus den zahlreichen Gesprächen mit Gewerkschaftsmitgliedern in den vergangenen Wochen: „Wir dürfen uns weder im Vergleich zu Bund und Kommunen noch gegenüber der Privatwirtschaft abhängen lassen. Der öffentliche Dienst muss den Anspruch haben, attraktive und konkurrenzfähige Arbeitsplätze zu bieten. Nur mit fairen und modernen Rahmenbedingungen können wir den öffentlichen Dienst zukunftssicher gestalten, Fachkräfte halten, junge Talente gewinnen und die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung langfristig sichern. Andernfalls verschärfen sich die Personalengpässe, was am Ende nicht nur die Beschäftigten, sondern die gesamte Gesellschaft trifft. Darauf werden wir die Arbeitgebenden nachdrücklich hinweisen.“

Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), warnte vor den Folgen eines schwachen Abschlusses: „Ein Ergebnis unterhalb des TVöD gefährdet nicht nur

die Attraktivität des Freistaats als Arbeitgeber, sondern wirkt sich auch auf die Beschäftigten aus“, sagte er. „Die Folge wären höhere Fluktuation, längere Einarbeitungszeiten und zusätzliche Belastungen für die Teams vor Ort. Bayern muss deshalb in der TdL aktiv mitgestalten und für ein Ergebnis sorgen, das gleichzeitig auf Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger übertragen wird. In Bayern stehen wir zusammen – jede Statusgruppe trägt Verantwortung, und gemeinsam sind wir gefordert.“

Übertragung sollte selbstverständlich sein Bereits am Vortag – auf der Regionalkonferenz in Stuttgart – unterstrich Kai Rosenberger, Landesvorsitzender des BBW, die große Bedeutung der anstehenden Einkommensrunde: „Wir müssen gemeinsam mit der Arbeitgeberseite die Chance nutzen, bestehende Reallohnverluste der vergangenen Jahre in dieser Einkommensrunde zu kompensieren. Eine Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes Baden-Württemberg sollte dabei eine Selbstverständlichkeit sein!“

„Der öffentliche Dienst steht massiv unter Druck“, sagte auch Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb Jugend, am 17. September 2025 in Nürnberg „An allen Ecken und Enden fehlt Personal, die Aufgabenlast steigt. Trotzdem geben die Kolleginnen und Kollegen jeden Tag ihr Bestes. Die Herausforderungen sind enorm. Erschwerend kommt hinzu, dass die Menschen immer weniger Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates haben. Und was hören wir aus Politik? Populistische Attacken auf das Berufsbeamtenamt! Wertschätzung sieht anders aus!“

Welttag der Patientensicherheit Reformen dürfen nicht zulasten der Patientinnen und Patienten gehen

Politik sollte die Menschen nicht unnötig verunsichern, fordert Volker Geyer zum Welttag der Patientensicherheit. Stattdessen muss sie Verlässlichkeit schaffen.

dbb-Chef Volker Geyer machte zum Welttag der Patientensicherheit am 17. September 2025 deutlich: „Patientensicherheit ist kein Luxus – sie ist ein Grundrecht. Die aktuellen Reformen dürfen nicht auf Kosten der Menschen erfolgen, die auf eine funktionierende Versorgungsinfrastruktur angewiesen sind.“ Von der Krankenhausreform über die angespannte Arzneimittelversorgung bis hin zu drohenden Leistungskürzungen in den Sozialsystemen gebe es zurzeit viele Baustellen, erklärte Geyer. „Aber wir brauchen eine Politik, die Verantwortung übernimmt, statt Sparzwänge zu diktieren. Besonders in ländlichen Regionen muss die Versorgung garantiert sein. Lange Anfahrtswege sind keine Verbesserung, sie sind ein Risiko“, so der Bundesvorsitzende.

Verlässlichkeit statt politischer Experimente
Die Menschen seien sich durchaus bewusst, dass die angespannte Lage im Gesundheitswesen auch durch das ständige Löcherstopfen und kurzfristige Denken der Politik verursacht wurde. Eine angekündigte große Reform

könne auch die Einnahme von bitteren Pillen bedeuten. Dennoch seien Aussagen der Politik, es dürfe „keine Denkverbote“ geben, sehr irritierend, kritisiert der dbb-Chef: „Solche Formulierungen erzeugen Unsicherheit und Angst bei den Menschen. Patientinnen und Patienten erwarten Verlässlichkeit, nicht politische Experimente oder vage Formulierungen“.

Lieferengpässe bei Medikamenten, drohende Klinikschließungen und der zunehmende Druck auf die Beschäftigten gefährden die Sicherheit der Patientinnen und Patienten schon heute. „Es ist höchste Zeit, dass die Politik stabile Strukturen, ausreichendes Personal und verlässliche Finanzierung schafft – nicht noch mehr Einschnitte plant“, forderte Geyer. „Patientensicherheit braucht politische Verantwortung, Transparenz – und uns als die Stimme der Beschäftigten im Gesundheitswesen. Nur wenn die Interessen von Patientinnen, Patienten und Beschäftigten gemeinsam gedacht werden, bleibt Versorgung sicher und verlässlich – überall im Land.“

Personal- und Betriebsräte dbb-Vize Hemsing fordert Update für Mitbestimmung

Betriebs- und Personalräte müssen mit der rapiden technischen Entwicklung Schritt halten. Unterstützung gibt es jetzt aus dem Bundesrat.

„Die geltenden gesetzlichen Regelungen zur Mitbestimmung in der Arbeitswelt werden dem Status Quo nicht mehr gerecht“, kritisierte Andreas Hemsing, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender, am 15. September 2025 auf der Personal- und Betriebsrätekonferenz des dbb berlin in Berlin. Die Arbeitswelt habe sich in den vergangenen Jahren, insbesondere durch die fortschreitende Digitalisierung, stark verändert. „Diese Entwicklung hat einen großen Einfluss auf die Arbeit und Mitbestimmungsrechte der Personal- und Betriebsräte“, erklärte Hemsing. „Die Regelungen brauchen daher ein Update und müssen in die Zeit gestellt werden.“ Mehr Rechte für Betriebs- und Personalräte – auch online

Der dbb-Vize begrüßte daher die kürzlich verabschiedete EntschlieÙung des Bundesrats,

dass die Bundesregierung das Betriebsverfassungsgesetz grundlegend überarbeiten soll: „Ziel muss die Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung sein. Die EntschlieÙung sieht erfreulicherweise vor, das digitale Zugangsrecht für Gewerkschaften weiterzuentwickeln und Online-Betriebsratswahlen zu ermöglichen.“ Daneben erweitere die EntschlieÙung die Rechte der Betriebsräte beim Datenschutz und beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz. „Jetzt ist die Bundesregierung am Zug und muss abgeliefern“, machte Hemsing deutlich.

„Sie sind es, die auf die Einhaltung von Recht und Gesetz pochen“

Auf der Konferenz betonte Hemsing den hohen Stellenwert von Personal- und Betriebsräten: „Sie sind mehr als nur Ansprechpartner. Sie

sind die Anwälte der Beschäftigten. Sie sind es, die der Dienststellenleitung erklären, was wirklich wichtig ist. Sie sind es, die auf die Einhaltung von Recht und Gesetz pochen. Und Sie sind es, die dafür sorgen, dass die Stimme der Beschäftigten nicht überhört wird.

Berufsbeamtentum: Rückendeckung vom Land Berlin

Zudem unterstrich Hemsing auf der Veranstaltung: „Das Berufsbeamtentum ist eine zentrale

Säule unseres Staatswesens. Es sorgt für Stabilität, Verlässlichkeit und Unabhängigkeit. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass sich der Regierende Bürgermeister von Berlin Kai Wegner heute explizit zum Berufsbeamtentum bekannt hat.“ Forderungen, Verbeamtung einzuschränken oder sogar Entbeamtungen durchzuführen, lehnte der dbb-Vize dagegen entschieden ab: „Bei allen Angriffen auf das Berufsbeamtentum ist mit unserem erbitterten Widerstand zu rechnen.“

Treffen mit Ministerpräsident Voigt

Geyer: „Funktionierender Staat ist das beste Bollwerk gegen Extremismus“

Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit herstellen – darauf kommt es dieser Tage besonders an, betont der dbb-Chef. Es steht viel auf dem Spiel.

„Viele Menschen wenden sich vom Staat ab und glauben nicht mehr, dass er in der Lage ist, die Probleme zu lösen“, sagte dbb-Chef Volker Geyer am 16. September 2025 anlässlich eines Treffens mit dem thüringischen Ministerpräsidenten Mario Voigt (CDU) in Erfurt. „Laut dbb Bürgerbefragung halten 73 Prozent der Bürgerinnen und Bürger den Staat für überfordert. Wir müssen sichtbare und spürbare Verbesserungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge umsetzen, und das möglichst schnell. Ausreichende Kita-Plätze, gut ausgestattete Schulen, eine agile Verwaltung, eine handlungsfähige Polizei, intakte Straßen und Schienen – daran messen die Menschen die staatliche Handlungsfähigkeit. Ein funktionierender Staat ist das beste Bollwerk gegen Extremismus!“

Frank Schönborn, Vorsitzender des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, nahm ebenfalls an dem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten teil und rückte die Pensionskosten für Beamtinnen und Beamte in den Fokus. „Diese sind nicht die Folge eines Systemfehlers, wie es die öffentliche Debatte in Teilen unterstellt, sondern Folge der Altersstruktur“, sagte er und verwies darauf, dass auch der Thüringer Rechnungshof die mangelnden Rücklagen kritisiert hatte. „Dass Geld für Pensionen fehlt, ist nicht Schuld der Beamtinnen und Beamten, sondern die Konsequenz verfehlter Politik. Dabei ist die Altersvorsorge nicht bloß gesetzlich geboten, sondern auch Ausdruck von Wertschätzung – Wertschätzung für den Dienst, den die Kolleginnen und Kollegen tagtäglich für die Allgemeinheit leisten!“

Nachhaltige Finanzpolitik schafft verlässliche
Vorsorge

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

Parlamentarischer Frühschoppen: dbb Landeschef macht klare Ansagen

Der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, hat den 9. Parlamentarischen Frühschoppen des dbb berlin am 13. September 2025 mit klaren Ansagen in Richtung Politik eröffnet.

„Wer wie die Beamtinnen und Beamten einen Eid auf die Verfassung geleistet hat, darf erwarten, auch verfassungsgemäß bezahlt zu werden“, brachte Becker die Empörung der Betroffenen über ein jahrelang verschlepptes Reparaturgesetz auf den Punkt. Mit einem solchen Gesetz hätten längst die Verstöße gegen die amtsangemessene Alimentation bei der

Besoldung der Landesbeamten bereinigt werden müssen.

Unerträglich nannte Becker darüber hinaus die andauernden Zuständigkeitsquerelen um die Dokumentation von Gewalttaten gegen Landesbeschäftigte, die nach wie vor den Abschluss einer Dienstvereinbarung zum Schutz

der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Gewalt verhindern.

„Der Staat darf seine Beschäftigten nicht im Stich lassen“, warnte Becker angesichts der wachsenden Gewalt, die auch ein Anzeichen für den Ansehensverlust des Staates selbst ist. Eine vom dbb Bund in Auftrag gegebene Forsa-Studie hatte unter anderem ausgewiesen, dass das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, seine vielfältigen Aufgaben und Probleme erfüllen bzw. lösen zu können nur noch bei 23 Prozent liegt.

Die Tragweite dieser Entwicklung und die damit verbundene Zunahme von Frustration und Gewalt gegenüber den Beschäftigten des Staates, werde aber offenbar in der Senatsverwaltung für Inneres immer noch nicht erkannt. Trotz einer durch den dbb Berlin veranlassten Intervention des Regierenden Bürgermeisters behindere man dort mit einem Zuständigkeitsgerangel die längst überfällige Dienstvereinbarung.

Keinerlei Verständnis zeigte Becker auch über Kritik an zu viel Büroaum für den öffentlichen Dienst in Berlin. „Besetzt doch erstmal die freien Stellen, dann erübrigt sich die Diskussion“, konterte der dbb Landeschef.

Hessen

Respektwoche: Nicht mehr nur Blaulichtberufe betroffen

Der dbb Hessen begrüßt es sehr, dass die Landesregierung wieder den „Tag des Respekts“ und die „Respektwoche“ (15. bis 21. September.) ausruft. Dies zeige auch, wie notwendig solche Weckrufe seien, sagt der Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt am 15. September 2025.

Der dbb Hessen begrüßt es sehr, dass die Landesregierung wieder den „Tag des Respekts“ und die „Respektwoche“ (15. bis 21. September.) ausruft. Dies zeige auch, wie notwendig solche Weckrufe seien, sagt der Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt.

„Die Blaulichtberufe sind immer wieder in besonderer Weise betroffen, was tätliche Angriffe, Beschimpfungen und Beleidigungen im Arbeitsalltag angeht“, sagt Heini Schmitt. „Es darf in unserer Gesellschaft nicht einfach so hingenommen werden, dass Angriffe auf Polizei-beamtinnen und -beamte, Feuerwehrleute

oder Rettungskräfte inzwischen fast zur Tagesordnung gehören.“

Die Studien, die der dbb Hessen gemeinsam mit der Uni Gießen in den letzten fünf Jahren veröffentlicht hat, weisen eine dramatische Gefährdung auch in vielen anderen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes aus, so zum Beispiel bei Lehrern, Gerichtsvollziehern, bei der Bahn oder in den Arbeitsagenturen und Jobcentern. „Auch dort leiden die Beschäftigten unter der zunehmenden Verrohung der Umgangsformen“, so Heini Schmitt.

Thüringen

Kritik am Doppelhaushalt 26/27

Der öffentliche Dienst braucht keine Sparlogik, sondern eine Investitionsoffensive in Menschen. Das machte der tbb am 17. September 2025 klar.

Mit dem vorgelegten Doppelhaushalt 2026/2027 der Finanzministerin Katja Wolf wird die Chance vertan, die tatsächlichen Herausforderungen unseres Landes mutig und zukunftsorientiert anzugehen, kritisiert der tbb. Die Landesregierung spreche von „antizyklischer Fiskalpolitik mit Augenmaß“, in Wahrheit aber bedeute der Stopp des Stellenaufwuchses nichts anderes als ein Ausblenden der Wirklichkeit. Die Anzahl der Beschäftigten, die

tatsächlich in der Landesverwaltung tätig sind, sinke seit vielen Jahren. Das zeige die hohe Anzahl der unbesetzten Stellen.

Gerade in den Bereichen Bildung, Sicherheit und Justiz sind die Belastungen seit Jahren enorm. Ein kleiner Stellenpool von 400 Planstellen, gespeist aus ohnehin unbesetzten Stellen, kann den realen Bedarf nicht ansatz-

weise decken. Das führt nicht zu mehr Effizienz, sondern zu weiterem Druck auf diejenigen, die schon heute an den Grenzen ihrer Belastbarkeit arbeiten.

Ein Haushaltsvolumen von 14,7 Mrd. Euro im Jahr 2026 und knapp 15 Mrd. Euro 2027 klingt beachtlich, doch ohne klare Prioritätensetzung bleibt es eine Zahl ohne Substanz. Wer von einem „handlungsfähigen Staat“ spricht, muss

die notwendige personelle und finanzielle Ausstattung sicherstellen – nicht sie auf das Nötigste beschränken. Anstatt nachhaltig zu investieren, riskiert die Landesregierung eine schleichende Aushöhlung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wer den Stellenaufwuchs stoppt und sich mit einem Mini-Pool von 400 Planstellen brüstet, betreibt Augenwischerei. Das ist keine solide Personalpolitik, sondern das Verwalten von Mangel“, hieß es vom tbb.

Baden-Württemberg

Kinderzuschlag: Differenzierte Diskussion über Unmut in der Bevölkerung

„Der BBW hat Verständnis für den Unmut in der Bevölkerung, wenn darüber diskutiert wird, dass Beamtinnen und Beamte ab dem dritten Kind einen Kinderzuschlag von 989 Euro erhalten“, erklärt der BBW-Landesvorsitzende Kai Rosenberger am 18. September 2025.

„Gesellschaftlich relevante Themen offensiv, transparent, aber vor allem auch differenziert auf Basis von Fakten zu diskutieren“, das ist die Intention des BBW-Chefs. Aus diesem Grund erläutert er die Position des BBW zum Kinderzuschlag und beschreibt, dass die Landesregierung in Baden-Württemberg gezwungen war, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen. Demnach war die Besoldung von kinderreichen Beamtinnen und Beamten nicht verfassungsgemäß. „Die Alimentation für Beamtinnen und Beamte mit drei und mehr Kindern entsprach nicht der Anforderung der ‚amtsangemessenen Alimentation‘ und war damit verfassungswidrig“, erklärt Kai Rosenberger. „Diese Entscheidungen verpflichteten die Besoldungsgesetzgeber, die Besoldung anzupassen.“

Viele Bundesländer – wie auch Baden-Württemberg – haben nach Angaben des BBW-Chefs „hier einen möglichst kostengünstigen

Weg gewählt, indem man die Kinderzuschläge, insbesondere ab dem dritten Kind, erhöht hat. Diesen Vorschlag haben wir nie mitgetragen, da wir gesellschaftspolitisch vor einer schwer erklärbaren, finanziellen Besserstellung von Beamtenkindern gewarnt haben. Es entsteht dadurch ein falsches Bild, das die ohnehin unsachlich geführte Neiddebatte über den Beamtenstatus weiter anheizt.“ Die Intention des BBW sei es im Gegensatz dazu, „Konsens und bestmögliche Ergebnisse für alle Beteiligten durch Transparenz und Fakten zu schaffen – und nicht mit Polemik“, so Rosenberger.

Der aus BBW-Sicht deutlich bessere Weg zur amtsangemessenen Alimentation wäre deshalb gewesen, „die Besoldungstabellen so zu erhöhen, dass sichergestellt ist, dass auch kinderreiche Familien mit drei und mehr Kindern verfassungskonform besoldet werden“, so Kai Rosenberger.

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

Disziplinarrecht: Verfassungstreue ja – Generalverdacht nein

Die Generalzolldirektion (GZD) hat Ende August eine Verfügung an alle Zollbeschäftigte bekanntgegeben, in der sie zum „aktiven Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ aufruft.

Bestandteil des Schreibens sind verpflichtende Online-Module des Bundesamts für Verfassungsschutz sowie die Einrichtung einer zentralen Meldestelle für „Hinweise auf verdächtige Äußerungen“. Der BDZ begrüßt das Ziel, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen. Gleichzeitig hält man den Tenor des

Schreibens für bedenklich und sieht zentrale Punkte äußerst kritisch. „Unsere Kolleginnen und Kollegen sind nicht nur hochqualifizierte, sondern auch vertrauenswürdige Beamtinnen und Beamte. Bereits in der Laufbahnausbildung und im Studium werden umfassend de-

mokratische Werte und die Pflicht zur Verfassungstreue vermittelt. Ob es deshalb noch zusätzliche Pflichtmodule braucht, sehen wir kritisch – insbesondere angesichts der damit verbundenen Möglichkeiten zur Beeinflussung und Steuerung von Verhalten“, hieß es vom BDZ am 16. September 2025.

Der BDZ-Bundesvorsitzende Thomas Liebel stellt klar: „Zöllnerinnen und Zöllner brauchen keine Online-Crashkurse in Soziologie, in denen die Entstehung gesellschaftlicher Vorurteile in Schaubildern erklärt wird. Wir sollten unsere Fortbildungskapazitäten lieber für ganz andere Bereiche nutzen. Wenn wir verfassungsfeindlichem Gedankengut den Nährboden entziehen wollen, sollten wir uns einmal die Frage nach Ursachen und Auslösern stellen. Warum sprechen wir beispielsweise nicht über die Reflektion des Einsatzgeschehens für unsere Vollzugskräfte und Vollziehungsbeamte? Diese stehen täglich unter enormer physischer und psychischer Belastung, werden von gewaltbereiter Klientel angegangen, beleidigt, teilweise angegriffen. Und da gehört leider auch zur Wahrheit mit dazu: Wer dies alles in sich reinfressen muss, wer zum Teil keine Rückendeckung von der eigenen Behörde erhält, der ist eher gefährdet, extremistische Ansichten zu entwickeln.“

In der Verfügung ist sowohl von einer neutralen Beratungsstelle als auch einer internen Meldestelle „Hinweisgeberschutz Zoll“ die Rede. Letztere soll anonyme Hinweise zu Äußerungen von Beschäftigten aufnehmen, die

einen Verstoß gegen die Verfassungstreuepflicht darstellen. Grundsätzlich ergibt sich die Verpflichtung zur Einrichtung einer solchen Stelle zum Hinweisgeberschutz aus dem sog. Whistleblower-Gesetz, das seit Juli 2023 in Kraft ist und auch für öffentliche Einrichtungen wie die GZD gilt. Denn Beschäftigte im öffentlichen Dienst haben seit Inkrafttreten der EU-Whistleblower-Richtlinie ein Recht auf die Inanspruchnahme einer internen Meldestelle bei ihrem öffentlichen Beschäftigungsgeber. Dazu stellen sich für den BDZ jedoch zahlreiche Fragen: Welche Konsequenzen drohen Beschäftigten nach einer Meldung? Fließen solche Informationen in Personalakten oder Beurteilungen ein? Werden die Daten mit öffentlich zugänglichen Informationen abgeglichen? Können sie in Disziplinarverfahren verwendet werden? Wer legt überhaupt fest, was eine verdächtige, extremistische oder verfassungsfeindliche Äußerung darstellt?

Insbesondere sind die BDZ-geführten Personalvertretungen darüber verwundert, dass die GZD-Verfügung ohne formelle Beteiligung des Bezirkspersonalrats bekanntgegeben wurde. Denn hier wäre aus BDZ-Sicht der Beteiligungstatbestand nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz zu berücksichtigen gewesen. Die bloße Einbindung im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit reicht für dieses sensible Thema nicht aus. Auch eine Beteiligung des Hauptpersonalrats beim Bundesfinanzministerium ist nicht erfolgt.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Lebenslange Haft für den Mörder von Rouven Laur folgerichtig

Das am 16. September 2025 vom Oberlandesgericht Stuttgart gesprochene Urteil gegen den afghanischen Staatsangehörigen Sulaiman A. ist für die DPoIG folgerichtig und notwendig. Die lebenslange Freiheitsstrafe wegen Mordes an dem Mannheimer Polizisten Rouven Laur sowie mehrfachen versuchten Mordes und gefährlicher Körperverletzung, verbunden mit der Feststellung der besonderen Schwere der Schuld, entspreche der unfassbaren Brutalität und Grausamkeit dieser Tat.

Die Feststellung der besonderen Schwere der Schuld bedeutet, dass eine vorzeitige Haftentlassung nach 15 Jahren – wie sie bei einer lebenslangen Freiheitsstrafe grundsätzlich möglich wäre – ausgeschlossen ist. Der Täter wird damit voraussichtlich bis zu seinem Lebensende in Haft bleiben. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der DPoIG, erklärte: „Die Feststellung der besonderen Schwere der Schuld ist ein wichtiges Signal. Auch wenn das Gericht

keine Sicherheitsverwahrung angeordnet hat, bleibt entscheidend, dass der Täter dauerhaft von der Gesellschaft ferngehalten wird.“

Für die DPoIG steht fest: Dieser Täter darf nie wieder in Freiheit gelangen – und wenn er jemals wieder freien Boden betritt, dann nur in seinem Herkunftsland. Es muss sichergestellt sein, dass er für seine Taten vollumfänglich büßt. Sollte eine Abschiebung nicht möglich

sein, muss die Strafe konsequent in einem deutschen Gefängnis vollzogen werden.

Die Politik müsse endlich handeln, so Wendt weiter: Es brauche klare gesetzliche Regelungen, die es ermöglichen, Schwerstkriminelle auch in Länder wie Afghanistan zurückzuführen – insbesondere, wenn sie eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen. „Die Polizei steht tagtäglich im Dienst der Gesellschaft und darf nicht zum Ziel extremistischer Gewalt werden.“ Die DPoIG fordert zudem eine umfassende politische und interne Aufarbeitung der Tat. Die zögerliche Reaktion der politischen

Entscheidungsträger nach dem Mord an Rouven Laur ist nicht akzeptabel. Es brauche konkrete Maßnahmen zum Schutz der Polizeibeamtinnen und -beamten sowie eine entschlossene Haltung gegenüber radikalisierten Gewalttätern.

Doch so konsequent dieses Urteil auch ist – es holt Rouven Laur nicht zurück. Der Schmerz über den Verlust bleibe tief. Die Deutsche Polizeigewerkschaft ist in Gedanken bei der Familie, den Angehörigen und den Kolleginnen und Kollegen von Rouven Laur. Die Anteilnahme und Solidarität innerhalb der Polizeifamilie in ganz Deutschland war und ist überwältigend.

Namen und Nachrichten

Termine:

14. Oktober 2025

**9. Seniorenpolitische Fachtagung
„Generation Ü65 - unterschätzt und übersehen?“**

Weitere Informationen unter www.dbb.de

17. November 2025

Pressekonferenz:

Forderungen zur Einkommensrunde der Länder 25/26

Weitere Informationen unter www.dbb.de

3. Dezember 2025

Einkommensrunde der Länder 25/26

1. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

15.-16. Januar 2026

Einkommensrunde der Länder 25/26

2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

11.-13. Februar 2026

Einkommensrunde der Länder 25/26

3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de